

Wir in Mitte.

Ausgabe
Nov./Dez.
2023



Magazin der CDU für den Bezirk Mitte

In dieser Ausgabe finden Sie u.a. folgende Themen:

- Gedenken an den 9. November im Bezirk
- Weiterhin prekäre Lage am Leopoldplatz
- Verkehrspolitik ohne Bürgerbeteiligung
- Interview mit Bezirksstadtrat Benjamin Fritz (CDU)
- Wie weiter mit der Luisenstadt
- Mitte historisch - Der Volkspark Rehberge

Liebe Leserinnen und Leser,



Sven Rissmann, MdA

ich freue mich, Ihnen die neue Ausgabe des „**Wir in Mitte**“ präsentieren zu können.

Darin greifen wir aktuelle Themen für den Bezirk Mitte und seine sechs Ortsteile Mitte, Moabit, Hansaviertel, Tiergarten, Wedding und Gesundbrun-

nen auf.

Mitte ist nicht nur aufgrund seiner geografischen Lage ein besonderer Bezirk in unserer Stadt. Wie kein anderer Bezirk vereint er Kiez und Metropole und ist damit auch den vielfältigsten Herausforderungen ausgesetzt.

Einige Themen, zu denen Sie in dieser Ausgabe etwas finden, will ich hier aufgreifen.

Viele Menschen arbeiten in Mitte und fahren dabei auch mit dem Auto zur Arbeit. Das hat vielfältige Gründe. Manche müssen vorher ihre Kinder an der Kita oder an der Schule absetzen. Andere sind körper-

lich nicht mehr in der Lage, weitere Wege zu gehen. Und wieder andere haben einfach nur Angst, im Dunklen mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren. Und dann gibt es in unserem Bezirk noch diejenigen, die auswärts arbeiten und daher genauso auf ein Auto angewiesen sind, wie Personen mit körperlichen Einschränkungen. Allen ist gemeinsam, dass die **Verkehrspolitik** des grün-geführten Bezirksamts ihnen sowohl die Parkplätze vor Ort nimmt, als auch die Verkehrswegung immer weiter verengt.

Ganz Berlin kennt mittlerweile den **Leopoldplatz**. Aber nicht, weil dort die alte Nazareth-Kirche steht, sondern weil er ein Synonym für Drogenkriminalität, Vermüllung und eine Politik des Wegsehens ist.

Der **9. November** ist aus verschiedenen Gründen ein besonderer Tag. Angesichts des Terrors der HAMAS war es in diesem Jahr aber ein besonderes Gedenken, insbesondere vor dem Hintergrund eines Brandanschlags auf eine Synagoge in der Brunnenstraße.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre und würde mich über Anregungen, Hinweise und natürlich auch Kritik freuen.

Herzliche Grüße

Ihr

Sven Rissmann, MdA

-Kreisvorsitzender der CDU Mitte-

Impressum Magazin der CDU für den Bezirk Mitte

V.i.S.d.P: Sebastian Pieper, stellv. Kreisvorsitzender

CDU Mitte, Triftstraße 41, 13353 Berlin

Email: kreisgeschaeftsstelle@cdumitte.de

www.cdumitte.de

<https://www.facebook.com/cdumitte>

Vervielfältigungen und Veröffentlichungen sind nur mit ausdrücklicher Zustimmung der CDU Mitte gestattet.

Die abgedruckten Bilder unterliegen entweder einer CC-Lizenz

oder sind privat zur Verwendung freigegeben worden.

Autoren dieser Ausgabe: Sven Rissmann (SR), Carsten Spallek (CS), Benjamin Fritz (BF), Lucas Schaal (LS), Olaf Lemke (OL), Hans Berg (HB)

Verleihung des Ehrenamtspreises 2023

Zum 18. Mal wurden engagierte Ehrenamtliche von einer siebenköpfigen Jury ausgewählt und mit dem **Ehrenamtspreis des Bezirksamtes Mitte** ausgezeichnet. Damit werden das Thema bürgerschaftliches Engagement, aber vor allem die Menschen in den Fokus gerückt, die sich freiwillig und unentgeltlich für die Bedürfnisse und Belange ihrer Mitmenschen einsetzen. Im Loewe Saal in Berlin-Moabit herrschte gute Stimmung, als **Sozialstadtrat Carsten Spallek (CDU)** für ihr ehrenamtliches Engagement **Marianne Lebbin, Sedanur Karaca und Dirk Eggestein** mit dem Ehrenamtspreis auszeichnete. Ein besonderer Dank wurde **Dorothea**



Reinhardt ausgesprochen, die zum Jahresende in den Ruhestand geht. Sie leitete mehr als 20 Jahre mehrere Begegnungsstätten für Seniorinnen und Senioren, sorgte mit ihrem Team des **Vereins Selbsthilfe-im-Ruhestand e.V.**

für Beteiligung, Teilhabe, generationenübergreifendes Engagement sowie abwechslungsreiche Freizeitangebote. Auch in Richtung der Vielzahl an Gästen, die sich

in ihrer Freizeit für das Gemeinwohl einbringen, schloss **Carsten Spallek** seine Dankesrede mit den Worten: „Machen Sie weiter so, überzeugen Sie andere Menschen sich zu engagieren. Es kann nicht genug von Ihnen geben!“ (CS)

CDU Mitte verurteilt Brandanschlag auf Synagoge und zeigt Solidarität!

Unbekannte haben in der Nacht zum 18. Oktober einen **Brandanschlag auf eine jüdische Einrichtung in der Brunnenstraße** in Mitte verübt. Zwei Tage nach dem Brandanschlag auf die Synagoge der Gemeinde hat der stellvertretende Bezirksbürgermeister,



Carsten Spallek, gemeinsam mit weiteren Mitgliedern der CDU Mitte an der **Mahnwache vor dem Gemeindehaus** teilgenommen und damit ein klares Zeichen der **Solidarität** mit unseren jüdi-

schen Mitbürgern in Berlin gesetzt. (CS)

Finanzielle Förderung für Evas Haltestelle wird gestärkt

Evas Haltestelle ist ein Schutzraum für wohnungslose Frauen. Hier kann gekocht, gewaschen und geschlafen werden. Sogar Hilfe bei der Wohnungssuche (über „Housing First“) oder für Bürgergeldanträge gibt es hier.

In den Räumlichkeiten in der Müllerstraße 126 finden zeitweise etwa 40 Frauen Schutz, werden beraten und betreut. Das macht diesen Ort besonders, auch weil der Zutritt für Männer verboten ist, es ist ein **„Schutzraum für Frauen“**.

Sozialstadtrat **Carsten Spallek (CDU)** besuchte unmittelbar vor den Haushaltsberatungen die Einrichtung, um sich ein eigenes Bild über die Arbeit vor Ort zu machen - und die Mitglieder der BVV vom wichtigen Engagement der dort Tätigen überzeugen.

In den letzten Jahren kam es durch den Berliner Wohnungsmarkt, den Krieg in der Ukraine und Corona

laut den Mitarbeiterinnen zu einem **Anstieg komplexer Problemlagen**.

Im Haushalts-Entwurf der Bürgermeisterin und Finanzstadträtin Frau Remlinger (Grüne) wurden die ursprünglichen Hilfsleistungen zwar nicht gekürzt, verstärkt wurden sie jedoch auch nicht.

Die Inflation trifft allerdings auch **Evas**

Haltestelle – die Stromkosten sind um das Zehnfache gestiegen, heißt es im Gespräch.

*„Ich freue mich sehr, dass die BVV den Haushaltsansatz verstärkt hat und zusätzliche 40.000,- Euro bereitstellt. Damit können gestiegene Kosten für Personal, Sachmittel, Miete etc. finanziert und die Arbeit gesichert werden“, so **Spallek**. (CS)*



Wie geht es weiter in der Luisenstadt?

Die **nördlich Luisenstadt** zwischen Märkisches Ufer und Engelbecken ist ein besonders geschichtsträchtiger Teil des Zentrums unserer Stadt, der seit 2011 als sogenanntes Sanierungsgebiet ausgewiesen ist.

Der direkt gewählte **CDU-Abgeordnete, Lucas Schaal**, der **CDU-Fraktionsvorsitzende in der BVV, Sebastian Pieper** und weitere Mitglieder der Fraktion haben sich bei einem gemeinsamen Rundgang mit der **Betroffenenvertretung im Sanierungsgebiet** über die Lage vor Ort ausgetauscht.

So wird die **neugebaute Grundschule in der Adalbertstraße**

mit einer großen Turnhalle bereits im Frühjahr 2024 fertig sein und Platz für 576 Schüler bieten. Die sechs Hallenteile werden später auch für Sportvereine vor Ort nutzbar sein. „Wir freuen uns über den attraktiven Schulstadtort in der Luisenstadt und werden uns dafür einsetzen, dass sich die Turnhalle etwa durch eine Fassadenbegrünung noch besser ins Straßen-

bild eingliedert“, so Lucas Schaal.

Den Namen Luisenstadt trägt das Gebiet aufgrund der **Königin Luise von Preußen**. Der einst pulsierende Teil von

Mitte mit Eisfabrik, Telegraphenamnt und Postfuhramt hatte in der Folge von Krieg und Mauerbau große Teile der Bausubstanz verloren und wies viele Baulücken, Brachen und leerstehende Gebäude auf. Seit 2011 hat dies sich schon deutlich verbessert, aber die aktuelle Baukostensteigerungen und Inflation verzögern viele geplante Projekte leider.

Der Fraktionsvorsitzende **Sebastian Pieper** ist optimistisch: „Die Luisenstadt soll ein lebens-

werter und attraktiver Wohn- und auch Geschäftsstandort werden. Dafür werden wir als Bezirk die verschiedenen Bauprojekte, wie etwa den Ausbau des Spreeuferwegs, weiter begleiten. Insgesamt hat sich die Luisenstadt positiv entwickelt und wir sind sicher, dass die es noch weitere Potentiale für die Zukunft gibt.“ (LS)



Lucas Schaal, MdA und Sebastian Pieper mit Vertretern der Betroffenenvertretung für die nördliche Luisenstadt

Ihr direkt gewählter Abgeordneter für Sie vor Ort

Regelmäßig ist **Sven Rissmann (CDU)** in seinem Wahlkreis und auch darüber hinaus in Mitte unterwegs, um sich mit den Institutionen und Vereinen auszutauschen. **Ob im Zukunftshaus Wedding, bei**

den Sportvereinen wie dem BSC Rehberge, oder auch in der Julius-Leber-Kaserne, direkt vor Ort nimmt er sich der jeweiligen Anliegen an.

Auch der Dialog mit den Schülerinnen und Schülern im Wedding ist ihm wichtig. So hat er zuletzt in Form einer Schuldiskussion mit Oberstufenschülern des Lessing-Gymnasiums über politische Themen aus den Bereichen Verkehr, Bildung und Sport diskutiert. Im Rahmen seiner regelmäßig stattfindenden

Abgeordneten-Bürger-sprechstunden (sowohl in Präsenz als auch telefonisch) sowie der Infostände der CDU Wedding, steht er den **Bürgern als Ansprechpartner für ihre politischen Belange zur Verfügung**. Eines der aktuellen Themen, das die Weddinger im Wahlkreis V umtreibt, ist die **Situation rund um die Mühlenstube**. Der Drogenkonsumraum mitten auf der Müllerstraße, in der Nähe des Volksparks Rehberge, bereitet den Anwohnern und

Gewerbetreibenden immer mehr Sorge. Ihre Hausflure werden unter anderem durch Fäkalien verdreckt und auch die Grünanlagen des Parks leiden enorm. Doch nicht nur die Verschmutzung ist

ein großes Thema, sondern auch die Angst. **Das Begehen von Straftaten - beispielsweise in Form von Dealen mit Betäubungsmitteln am helllichten Tag mitten in den Rehbergen - ist ein Zustand, der untragbar ist.** Hier sind alle politisch Verantwortlichen in der Pflicht, vor allem seitens des Bezirks Mitte, diesen schnellstmöglich zu beenden. Hat man doch bereits auch viel zu lange am **Leopoldplatz** die Augen vor der Realität verschlossen! (SR)



Sven Rissmann, MdA vor der Lessing-Oberschule in seinem Wahlkreis, die er auch selbst besuchte

Kontakt

Wenn auch Sie ein politisches Anliegen haben, dann stehen Ihnen Sven Rissmann und sein Team in seinem Weddinger Wahlkreisbüro gern zur Verfügung unter:

Tel: 030 209 51 662

Email: buero@sven-rissmann.de
www.facebook.com/rissmann.sven

„Wir stehen gerade im Bereich der Schulsanierung und des Schulneubaus vor großen Herausforderungen.“

Herr Fritz, Sie sind jetzt etwas mehr als 6 Monate im Amt – wie war Ihr Start?

Benjamin Fritz: Der Start brachte mir ganz viel Neues, vor allem viele neue Kontakte, Themen und Herausforderungen. Die Kolleginnen und Kollegen im Schul- und Sportamt haben mir den Start jedoch sehr angenehm gemacht. Gemeinsam arbeiten wir jeden Tag daran, dass die Schul- und Sportsituation bei uns in Mitte ein Stückchen besser wird.

Was möchten Sie verändern in Ihrem Ressort?

Benjamin Fritz: Wir stehen gerade im Bereich der Schulsanierung und des Schulneubaus vor großen Herausforderungen. Ich möchte unseren Schülern und Lehrern nach und nach **bessere Schulgebäude** zur Verfügung stellen. Dies wird nicht von heute auf morgen fertig umgesetzt sein, jedoch möchte ich dafür Sorge tragen, dass wir in den nächsten Jahren einen Fortschritt im Bezirk sehen können. Im **Sportbereich** ist das Ziel, dass wir den gestiegenen Bedarfen von Vereinen und Sportbegeisterten beim Thema möglicher Platz- und Hallenzeiten gerecht werden können. Viele Sportstätten müssen nach und nach saniert werden. Trotzdem müssen weiterhin ausreichende Sportmöglichkeiten im Bezirk verfügbar sein.



Benjamin Fritz (35) von der CDU ist verheiratet, hat eine Tochter und ist in Berlin geboren. Er ist seit März 2023 Bezirksstadtrat für Schule und Sport

Welche Möglichkeiten sehen Sie im Bereich der Verbesserung der Schulplatzversorgung im Bezirk?

Benjamin Fritz: Wir benötigen im Bezirk zukünftig noch weitere Schulplätze. Daher freue ich mich, wenn zum Schuljahr 2024/ 2025 die **Grundschule in der Adalbertstraße** ans Netz gehen wird. Auch bauen wir in der Reinickendorfer Str. sowie in der Schulstr. neue Schulstandorte. Wir prüfen jederzeit, wo wir durch Interimsstandorte oder die Erschließung neuer Standorte weitere Schulplätze schaffen können.

Die Anna-Lindh-Schule kehrt nach Mitte zurück und die Heinrich-von-Stephan-Gemeinschaftsschule wird mit Containern erweitert

Am 29. September 2023 wurde eine neue Containeranlage, liebevoll von der Schule das „**Vogelnest**“ genannt, in der Heinrich-von-Stephan-Gemeinschaftsschule (Neues Ufer 6, 10553 Berlin) eröffnet. Der Bezirksstadtrat für Schule in und Sport in Berlin Mitte, **Benjamin Fritz (CDU)**, war bei der Einweihung der Containeranlage vor Ort. Mit der Erweiterung sind verschiedene neue Räumlichkeiten für die

Schülerinnen und Schüler entstanden.

Auf Initiative des Bezirksstadtrats **Benjamin Fritz (CDU)** beschloss das Bezirksamt Mitte zudem die Verlagerung des **Ausweichstandortes der Anna-Lindh-Schule** vom Saatwinkler Damm in die Reinickendorfer Straße.

Laut dem Beschluss soll die Schulgemeinschaft frühestens am 02.01.2025, spätestens jedoch am 10.02.2025 den **neuen Standort in der Reinickendorfer Straße** beziehen. An diesem neuen Standort werden die Schüler der Anna-Lindh-Schule in einem der modernsten Standorte der Stadt zur Schule gehen und unter den besten Bedingungen lernen können.

„Das ist eine gute Nachricht für den Bezirk und für alle Schüler der Anna-Lindh-Schule, die in den letzten Jahren so viele Herausforderungen zu meistern hatten. Uns freut es auch, dass die Schulgemeinschaft der Anna-Lindh-Schule trotz dieser Schwierigkeiten zusammengehalten und diese Herausforderungen bis hierhin so gut bewältigt hat.“ sagte **Bezirksstadtrat Benjamin Fritz (CDU)**. (BF)



Sven Rissmann, MdA und Bezirksstadtrat Benjamin Fritz (beide CDU) vor der Anna-Lindh-Schule

Bezirkliches Gedenken zum 9. November

Auch in diesem Jahr wurde an verschiedenen Orten im Bezirk Mitte anlässlich des Jahrestages der **Novemberpogrome von 1938 zu Ehren der Opfer gedacht**. So u.a. am ehemaligen Güterbahnhof Moabit, von wo aus während der nationalsozialistischen Herrschaft tausende Berliner Juden in Richtung der Konzentrations- und Vernichtungslager im Osten transportiert wurden. Seit einigen Jahren wird dort durch Schüler der nahegelegenen **Theodor-Heuss-Gemeinschaftsschule**, gemeinsam mit Vertretern der jüdischen Gemeinde und der Bezirkspolitik den Opfern gedacht. Gerade in diesem Jahr scheint die Notwendigkeit des Erinnerns an das Leiden und die Verfolgung unserer jüdischen Nachbarn in Berlin wichtiger denn je zu sein. **Olaf Lemke**, der Vorsitzende des Ausschusses für Weiterbildung und Kultur in der BVV Mitte stellte heraus: „Angesichts des Terrors gegen

jüdisches Leben ein unverzichtbarer Teil Deutschlands und die Rückkehr desselben nach 1945 ein Segen für unser Land ist. Daher danke ich

besonders den Schülern der multikulturell geprägten Moabiter Theodor-Heuss-Gemeinschaftsschule für die von ihnen mitgestaltete, sehr ergreifende Gedenkveranstaltung an diesem Mahnmal.“ (OL)



Israel und die aktuelle Bedrohung jüdischer Mitbürger, muss unser Staat auf allen Ebenen, im Bezirk angefangen, das Zeichen setzen, dass



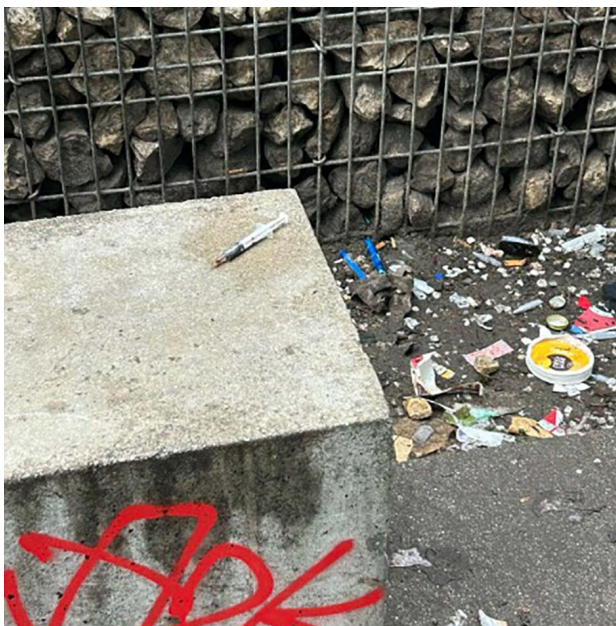
Die Lage am Leopoldplatz bleibt prekär!

Ein "Leopoldplatz für alle", das war viele Jahre das Ziel, das die politisch-Verantwortlichen von grün-rot im Bezirk Mitte für den **Weddinger Leopoldplatz** verfolgt haben. Als könnten Anwohner, Gewerbetreibende, Passanten, Kinder auf dem hinter der **Alten Nazarethkirche** befindlichen Spielplatz mit alkohol- und drogenabhängigen Menschen, Drogendealern und weiteren Kriminellen harmonisch auf einem so engen Raum friedlich und zufrieden koexistieren. Die Realität zeigt ein sehr deutliches Bild – es geht

nicht! Das belegen auch die mittlerweile immer lauter werdenden Stimmen aus **Anwohnerschaft und von Gewerbetreibenden**, die sich mittlerweile in Bürgerinitiative und Interessengemeinschaft zusammengeschlossen haben, um sich gegen die nicht mehr tragbaren Zustände hörbar zu positionieren.

Dieser Druck aus der Zivilgesellschaft, unterstützt durch zahlreiche **Initiativen der CDU-Fraktion in der BVV Mitte**, haben nun dazu geführt, dass sich der Berliner Senat mit engagiert, die Situation am Leopoldplatz

und seiner unmittelbaren Umgebung wieder zu stabilisieren. Denn, so führt die Stellv. Vorsitzende der CDU-Fraktion Mitte, **Daniela Fritz**, in einer Pressemitteilung aus, "das Bezirksamt und die Zählgemeinschaft von Grünen und SPD [...] sind mit ihrer bis-



Drogen und Vermüllung am Leopoldplatz

herigen Politik am Leopoldplatz komplett gescheitert. Die Lage wurde allzu lang schöngeredet." Mit mehr **Polizeipräsenz, Videoaufklärung, mehr Ordnung und Sauberkeit und einer klaren Linie gegen Gewalt und Drogenkriminalität** will die CDU die Situation für die Anrainer verbessern. (OL)

Verkehrspolitik von oben herab

Immer wieder werden Anrainer von gravierenden Veränderungen auf der Straße quasi über Nacht überrascht. Wer am Abend sein Auto abstellt, kann nicht sicher sein, dass er oder sie am nächsten Morgen plötzlich mitten in einem **Kiezblock** oder in einer **Fahrradstraße** aufwacht. Wiederholt wurde die Stadträtin für Verkehr im Bezirk Mitte, Dr. Almut Neumann (B'90/DieGrünen), darauf hingewiesen, dass ihre

Kommunikationspolitik völlig unzureichend ist. Trotzdem hat sich im Kern nichts daran geändert, dass sie trotz massiver Kritik, u.a. der CDU-Fraktion in der BVV Mitte, weiter Kiezblocks schafft oder neue Fahrradstraßen eröffnet, **ohne die Bevölkerung hinreichend einzubinden.** Grundlage ist das noch aus der Zeit der rot-rot-grünen Landesregierung stammende **Mobilitätsgesetz.** Dies erlaubt es den Bezir-

ken, ohne weitere Grundlagen, wie z.B. Verkehrszählungen, im Nebenstraßennetz Fahrradstraßen einzuführen und so indirekt den **motorisierten Individualverkehr massiv einzuschränken.** Die Interessen von Anwohnern, aber auch Gewerbetreibenden werden in keiner Weise berücksichtigt. Sie werden im Vorhinein auch nicht beteiligt. Dabei gibt es doch Alternativen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit,



Straßensperrungen im Wedding

wie der **Vorsitzende der CDU-Fraktion Mitte, Sebastian Pieper**, erklärt: *„Intelligente Formen der Verkehrsberuhigung – wie geeignete Schwellen auf der Fahrbahn – werden nicht in Betracht gezogen.“* Er weist zudem darauf hin, dass das Nebenstraßennetz entlastet würde, wenn die Hauptstraßen nicht zusätzlich in ihrer Kapazität beschnitten würden, wie z.B. in der Müller- oder Amrumer Straße. (OL)

Eine kleine Geschichte der Rehberge

Seit dem 1. Mai 1958 gibt es sogar eine U-Bahn-Station, von der man in den wohl schönsten Teil des Weddings gelangen kann.....dennoch war auch der Wedding ein Teil der „**Streusandbüchse des Heili-**

gen Römischen Reiches“, wie Spötter einst die Mark Brandenburg zu bezeichnen pflegten. Die starke Windwirkung vieler Jahrtausende hatten entweder einzelne Sandbuckel oder lang gestreckte Hügelketten geschaffen. Doch waren die **Rehberge** – die den Nonnen des **Jungfrauenklosters zu Spandau** als ein Teil der **Jungfernheide** gehörte – einstmals bewaldet. Die frommen Damen – die das Recht hatten, das

Holz zu schlagen und zu nutzen – müssen in Jahrhunderten einen ziemlichen Raubbau mit der Natur getrieben haben, denn am Ende waren die Rehberge eine **Sandwüste**. Bereits vor 1848 gab es in Berlin viele Arbeitslose und um sozialen Unruhen vorzubeugen, entschloss man sich, die Rehberge – die damals noch weit vor den Toren Berlins lagen – als Arbeitsbeschäftigungsgebiet durch Aufforstung zu nutzen.

Dennoch, als der Funke der Revolution losbrach, waren gerade die „Rehberger“, wie man die Arbeiter dort nannte, sehr gefürchtete und gewaltbereite „Revolutzer“. Das Projekt schief nach der Revolution

ein und vielfach **wurde der Sand der Rehberge als Scheuersand verkauft**. Erst nach dem 1. Weltkrieg erinnerte man sich des Projektes von vor 1848 und man begann, **aus den wüsten Rehbergen einen großartigen Volkspark**, „die grüne Lunge“ des **Weddings**, zu machen. Schon im Spätsommer 1920 begann die Planung und im Jahre 1926 begannen die Arbeiten, an der mehr als 1.200 Erwerbslose beteiligt waren.



©Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin - Geoportal Berlin / Karte von Berlin 1:5000 (K5-Farbausgabe)

Am **22. Juni 1929** wurde das neue Schmuckstück des ehemaligen Bezirks – mit Sportanlagen, Tiergehegen, Ruheplätzen, Kinderspielplätzen, Gaststätten und später sogar einer Freilichtbühne etc. – durch den **Berliner Oberbürgermeister Gustav Böß** feierlich eingeweiht und der Wedding hatte eine Grünanlage, um die ihn manch anderer Bezirk beneidete. (HB)